Quelle: FAZ vom 10.12.2011

Merkel: Gipfel ist der Durchbruch zu einer Stabilitätsunion

Verpflichtung auf mehr Haushaltsdisziplin / Nur Großbritannien macht nicht mit

hmk. BRÜSSEL, 9. Dezember. Bundeskanzlerin Merkel sieht in der auf dem EU-Gipfel in Brüssel eingegangenen Verpflichtung der Euro-Staaten und anderer EU-Mitglieder für mehr Haushaltsdisziplin einen Durchbruch zu einer Stabilitätsunion. Auch wenn es wegen des britischen Widerstands unmöglich gewesen sei, eine Änderung der EU-Verträge auf den Weg zu bringen, hätten die Euro-Staaten und die meisten anderen EU-Staaten gezeigt, dass sie die Lehren aus der Schuldenkrise gezogen hätten. Das sei „ein weiterer wichtiger Schritt auf einem längeren Weg". Europa gewinne Schritt für Schritt seine Glaubwürdigkeit zurück. Die 17 Staaten des Euroraums hatten in der Nacht auf Freitag beschlossen, in einem neben den EU-Verträgen stehenden, völkerrechtlichen Vertrag festzulegen, dass Verstöße gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt quasi automatisch zur Einleitung eines Defizitverfahrens führen.

Merkel und der französische Staatspräsident Sarkozy wollten zu diesem Zweck die EU-Verträge ändern. Dagegen hatten sich neben Großbritannien auch Ungarn und Schweden gesperrt. Der zwischenstaatliche Vertrag soll im März unterzeichnet werden. Bis auf Großbritannien wollen sich alle Nicht-Euro-Staaten beteiligen. Die Regierungen Ungarns, Schwedens und der Tschechischen Republik müssen allerdings zunächst noch ihre Parlamente fragen. Alle hofften, auch Großbritannien noch ins Boot holen zu können, sagte EU-Ratspräsident Van Rompuy.

Der britische Premierminister Cameron hob am Freitag hervor, Großbritannien bleibe Mitglied der EU. Das liege im britischen Interesse. Die Niederlande hätten sich bereit erklärt, die britischen Interessen im Euroraum wahrzunehmen. Außenminister Hague sagte, Großbritannien habe wegen seiner Sonderrolle keinesfalls an Einfluss in Europa eingebüßt. Italiens Ministerpräsident Monti sagte voraus, Camerons harte Haltung werde „Folgen für seinen Einfluss haben". Er bedauere die Isolation Großbritanniens, denn in der EU sei es wichtig, „ein Gegengewicht gegen Länder wie Frankreich" zu haben.

Neben der zwischenstaatlichen Vereinbarung zur Haushaltsdisziplin beschlossen die Staats- und Regierungschefs, eine Schuldenbremse in allen nationalen Verfassungen festschreiben. Diese soll bei höchstens 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen; die deutsche Schuldengrenze beträgt 0,35 Prozent. Im Falle von Verstößen soll die Europäische Kommission vorgeben, bis wann der Staat die Grenze wieder unterschreiten muss. Zugeständnisse machte die Bundesregierung hinsichtlich der Aufstockung der Finanzmittel für den Kampf gegen die Euro-Krise. *(Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2, siehe Seite 10 und Wirtschaft, Seiten 11 und 12, sowie Feuilleton, Seite 33.)*